



Totalrevision des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge

Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission
vom 19. März 2025

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat die Vorlage Nr. 3838.2 - 17930 am 19. März 2025 beraten. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat die Meinung des Regierungsrats. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Eintretensdebatte
3. Detailberatung
4. Schlussabstimmung
5. Anträge

1. Ausgangslage

Beim Gesetz über Ausbildungsbeiträge, welches aus dem Jahr 1984 stammt und im Jahr 2006 letztmals angepasst wurde, besteht gemäss Regierungsrat in folgenden Bereichen Handlungsbedarf:

- a) Übergang zum Fehlbetragssystem und Anpassung der Einkommensrichtwerte an die kantonalen Gegebenheiten

Zug ist der letzte Kanton, der Ausbildungsbeiträge mit dem Punktesystem berechnet. Die Gesetzesrevision bringt den Wechsel zum in anderen Kantonen bewährten Fehlbetragssystem, das für mehr Transparenz und eine gerechtere Verteilung sorgt. Dabei werden vorhandene Mittel und Eigenleistungen den Ausbildungskosten gegenübergestellt, um den tatsächlichen Förderbedarf zu ermitteln.

Der Wechsel zum Fehlbetragssystem hat finanzielle Auswirkungen, wobei der Regierungsrat eine Erhöhung der Gesamtsumme um maximal 20% anstrebt. Diese Erhöhung ist aus Sicht des Regierungsrats aufgrund der hohen Medianlöhne und Lebenshaltungskosten im Kanton Zug gerechtfertigt. Die Einkommensgrenze für Stipendien wird angehoben, um mehr Personen zu fördern, ohne die individuellen Beiträge stark zu verändern. Dadurch steigt die Gesamtsumme der Stipendien um rund 20 % (rund 400 000 Franken).

- b) Wandel des Bildungsverständnisses

Der Kanton Zug setzt verstärkt auf lebenslanges Lernen und führt deshalb Arbeitsmarktstipendien ein, um arbeitsmarktorientierte Weiterbildungen zu fördern. Stipendien sollen weiterhin bis 40 Jahre gewährt werden. Über das 40. Altersjahr hinaus können wie bis anhin Darlehen gewährt werden.

Die neuen Arbeitsmarktstipendien unterstützen Abschlüsse von Branchenverbänden, Sprach- und Informatikzertifikate etc. als Weiterbildung, sofern die Voraussetzungen für die Bezugsberechtigung erfüllt sind. Das Ziel ist die Erhaltung und Stärkung der Arbeitsmarktfähigkeit für Personen ab 25 Jahre, welche durch den Wandel und die Digitalisierung der Arbeitswelt poten-

ziell besonders gefährdet sind. Weiterbildungshürden sollen gesenkt und Anreize für Erwerbstätige mit geringen Ressourcen geschaffen werden. Basierend auf einem ähnlichen Projekt in Zürich wurden die Kosten auf rund 1 Million Franken pro Jahr geschätzt. Die genaue Umsetzung erfolgt auf Verordnungsstufe, und die Stipendienstelle rechnet mit zusätzlichem Personalbedarf.

c) Nutzung der IT zur papierlosen Einreichung von Gesuchen

Gesuche sollen neu online eingereicht und papierlos bearbeitet werden können. Damit wird die Schwelle bei der Einreichung des Gesuchs erleichtert. Für Personen, welche aufgrund fehlender Grundkompetenzen oder technischer Möglichkeiten nicht selbständig ein Gesuch einreichen können, wird angeboten, das Gesuch in der Stipendienstelle mit einer Fachperson zu erstellen.

Die Bildungskommission als vorberatende Kommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten. Sie beantragt zwei Änderungen: Eine Präzisierung in § 6 (Gesuche) und eine Ausnahmeklausel in § 7 (Massgebender Wohnsitz). Die Bildungskommission stimmte in der Schlussabstimmung der Vorlage mit den von ihr beschlossenen Änderungen einstimmig zu.

2. Eintretensdebatte

→ Die Stawiko ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten.

3. Detailberatung

Der Entwurf der Verordnung zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge lag bei der Beratung in der Stawiko nicht explizit vor, er war aber bereits in der Vernehmlassung publiziert worden. Da der Regierungsrat ein schlankes Gesetz erarbeitet hat und viele Regelungen auf Verordnungsstufe vorgenommen werden, wird der Entwurf der Verordnung diesem Bericht beigelegt. Die Regelungen auf Verordnungsstufe sollen dem Kantonsrat bei der Beratung vorliegen.

§ 1 bis 5

Keine Wortmeldungen.

§ 6 Gesuche

Die Bildungskommission beantragt, § 6 Abs. 2 derart zu präzisieren, dass dieser nur für Stipendien und Darlehen gilt. Die Direktion für Bildung und Kultur habe die Bildungskommission auf einen Fehler im Gesetzesentwurf aufmerksam gemacht. § 6 Abs. 2 sei aus dem bestehenden Gesetz übernommen worden und mache nur für Stipendien und Darlehen Sinn. Bei den Arbeitsmarktstipendien gebe es jedoch keine «Ausbildungsjahre», weshalb die Formulierung für diese nicht greife.

→ Die Stawiko stimmt dem Antrag der vorberatenden Bildungskommission stillschweigend zu.

§ 7 Massgebender Wohnsitz

Die Bildungskommission beantragt, § 7 Abs. 2 derart anzupassen, dass die Wohnsitzerfordernis von zwei Jahren als «grundsätzlich» definiert wird und der Regierungsrat im Gesetz ermächtigt wird, auf Verordnungsstufe Ausnahmen zu bestimmen. Der Kommission sei aufgefallen, dass sich der § 7 Abs. 2 des Gesetzes und der § 10 Abs. 2 des Verordnungsentwurfs widersprüchen. Der Rechtsdienst der Direktion für Bildung und Kultur habe dies im Rahmen eines Abklärungsauftrags für die zweite Kommissionssitzung bestätigt. Beim Widerspruch gehe es um die Ausnahmeklausel im Verordnungsentwurf: «Von den Voraussetzungen gemäss § 10 Abs. 1 kann abgewichen werden, wenn: (...) b) die gesuchstellende Person direkt

aus dem Ausland zugezogen ist; (...)» Es sei gesetzestechisch nicht zulässig, auf der Verordnungsstufe Ausnahmen gegenüber einer expliziten Gesetzesbestimmung zu definieren. Die Direktion für Bildung und Kultur habe zur Auflösung des Widerspruchs vorgeschlagen, den § 7 Abs. 2 so anzupassen, dass die Wohnsitzerfordernis von zwei Jahren als «grundsätzlich» definiert werde und der Regierungsrat im Gesetz ermächtigt werde, auf Verordnungsebene Ausnahmen zu bestimmen.

➔ Die Stawiko stimmt dem Antrag der vorberatenden Bildungskommission stillschweigend zu.

§ 8 bis 17

Keine Wortmeldungen.

Finanzielle Auswirkungen

Die Revision hat Mehrkosten von 2 000 000 Franken pro Jahr auf Stufe Kanton zur Folge. Die detaillierten Angaben sind im Bericht des Regierungsrats unter Ziffer 6 dargelegt. Die Stawiko nimmt davon Kenntnis.

Bei der Diskussion in der Stawiko wird die Frage aufgebracht, ob das nationale Entlastungsprogramm 27 allenfalls Auswirkungen, insbesondere auch finanzielle, auf die vorliegende Vorlage habe. Die Direktion für Bildung und Kultur teilt auf Rückfrage hin mit, dass derzeit noch nicht klar sei, welche Massnahmen im Entlastungsprogramm beschlossen werden, es sei noch in der Vernehmlassung. Wenn die Studiengebühren tatsächlich substantiell erhöht würden, müsste der Regierungsrat prüfen, ob die Höchstbeträge anzupassen wären. Dabei wäre auch eine Abstimmung mit den Kantonen des Stipendienkonkordats notwendig.

4. Schlussabstimmung

Die Stawiko beschliesst mit 7 Ja- zu 0-Nein-Stimmen der Vorlage Nr. 3838.2 - 17930 gemäss Bildungskommission zuzustimmen.

5. Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt Ihnen die Stawiko, auf die Vorlage Nr. 3838.2 - 17930 einzutreten und ihr gemäss Antrag der Bildungskommission zuzustimmen.

Edlibach, 19. März 2025

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Namen der Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson

Beilage:

– Entwurf Verordnung zum Gesetz über Ausbildungsbeiträge